



KunstMalerin Christina Rößler Großstraße 21 12459 Berlin 03053012388 oder
01626410591 s3christina@arcor.de Trauma for a better help "ZEIG STIRN"
www.trauma-aufruf.de.tl

Bundesministerium
für Gesundheit
11055 Berlin
Bundesministerin
Frau Ulla Schmidt

Berlin, 23.4.2008

Ihr Antwortschreiben vom 03.04.2008

Sehr geehrte Frau Ulla Schmidt,

Zunächst bedanke ich mich für Ihre Stellungnahme vom 03.04.2008 zu dem Thema
"Behandlung von Missbrauchbetroffenen", sowie für die Zusendung des Prospekts.

Meine Stellungnahme möchte ich Ihnen somit mit den folgenden Sätzen darstellen.
Der Bundesausschuss, das Expertengremium, wie Sie das Gremium beschreiben,
kann meines Erachtens vom Gesundheitsministerium darauf hingewiesen werden
seine Richtlinien zugunsten der Betroffenen zu beschließen.

Soweit mir bekannt ist, wird bei den Tätern (Therapieprojekt für Pädophile in Berlin)
ein solches Projekt sogar von politischer Seite durch die Regierung finanziell
getragen und ich bin der Meinung, das es nicht sein darf und kann, das ein Trauma
Betroffener eine spezielle Trauma Therapie nicht durch gesetzliche Kassenleistungen
erhält und sich seine Therapie dann auch noch selbst erkämpfen muss, obwohl der
Betroffene nicht über genügend Ressourcen verfügt. Diese Arbeit wird größtenteils
durch Vereinsarbeit abgedeckt und nicht über die Krankenkassenbeiträge finanziert.
Viele Trauma Betroffenen haben bereits eine langjährige Therapie Erfahrung, bzw.
Arzt- und Therapiekarriere erfahren und nach den neusten Erkenntnissen, das es
sich in vielen Fällen um ein frühes Trauma handelt, kann dementsprechend und
erfahrungsgemäß eine spezielle Trauma Therapie helfen.

Posttraumatische Belastungsstörungen treten oft erst nach vielen Jahren auf und
können dann nicht allein nur mit einer Verhaltenstherapie behandelt werden.

Nach dem neusten Kenntnisstand der Behandlungen eines Psychotraumas gibt es
meines Erachtens schon sehr erfolgreiche Behandlungen und deshalb ist eine
Aufnahme in den Leistungskatalog auch zwingend erforderlich.

Sie beschreiben welche Stellen antragsberechtigt sind und ich würde gerne erfahren,
inwieweit Anträge von diesen Stellen bislang gestellt wurden, die diese spezielle
Behandlungsmethode zur Kostenübernahme der gesetzlichen Krankenkassen
veranlasst haben.

Teil 1 Brief an Frau Ulla Schmidt am 23.4.2008